

## Für einen Militärrabbiner

Bis zur Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht 2011 galt die Praxis, Wehrpflichtige jüdischen Glaubens nicht gegen ihren Willen einzuziehen. Eine „unzumutbare persönliche Härte“ sei das, angesichts von Nazi-Diktatur, Holocaust und Wehrmachtsverbrechen. Umso bemerkenswerter, wenn sich junge Deutsche jüdischen Glaubens dennoch freiwillig für den Dienst in der Bundeswehr entscheiden. Heute gibt es Schätzungen zufolge 150 bis 300 jüdische Bundeswehrsoldaten.

Vor etwas mehr als zwei Jahrhunderten begann Schritt für Schritt die rechtliche Gleichstellung der deutschen Juden in den Streitkräften der deutschen Teilstaaten. Ab 1812 wurden Juden in weiten Teilen Preußens erstmals wehrpflichtig. Im Ersten Weltkrieg standen in den deutschen Armeen 100.000 Juden unter Waffen. 12.000 fielen für Kaiser und Vaterland.

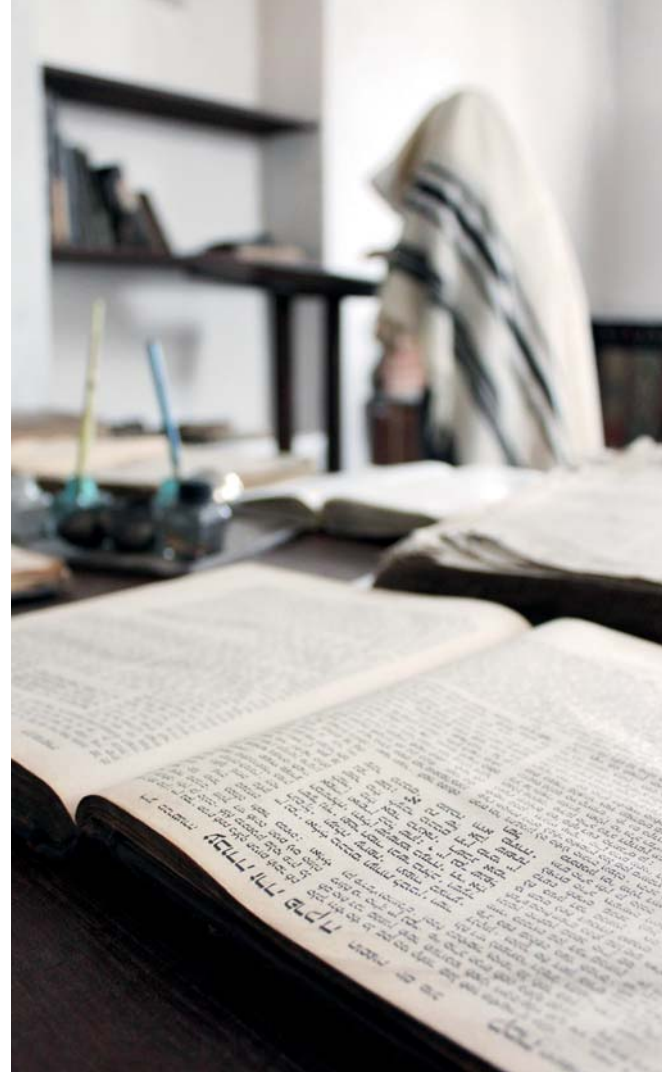
Das klingt nach „Normalität“, war es aber mitnichten. 1916 – mitten im Krieg – veranlasste das preußische Kriegsministerium eine Judenzählung in der Armee. Hintergrund: In der Bevölkerung herrschte die Ansicht, dass wehrpflichtige Juden sich drückten.

Auch nach dem Krieg, in der Republik, wurde es nicht viel besser. 1920 schlossen sich jüdische Soldaten im „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ zusammen. Sie taten das nicht aus Freude an der Kameradschaft. Der Bund verstand sich vielmehr als Interessenvertretung gegen antisemitische Hetze und Verleumdungen.

Dann tilgten die Nazis jede Erinnerung an die jüdischen Soldaten. Deutsche Juden wurden vom Wehrdienst ausgeschlossen, auch die Ausnahmen für ehemalige jüdische Frontkämpfer fielen bald weg. Entrechtung, Verfolgung, Ermordung: Die Geschichte jüdischer Soldaten in deutschen Armeen sollte ausgelöscht werden – so wie die Existenz der Juden in Europa überhaupt. Der Kulturbruch.

„Das Trauma dieser Entrechtung großer und wichtiger Bevölkerungsteile in deutschem Namen ist Teil des gemeinsamen gesellschaftlichen Gedächtnisses der Deutschen und ihrer Streitkräfte geworden“, schrieb 2007 der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan. Das drückt sich in einem entsprechenden ethischen und rechtlichen Rahmen aus. Toleranz und Achtung gegenüber anderen Religionen sind Prinzipien des Konzepts der „Inneren Führung“.

Durch ihre Militärseelsorge und durch ihr Engagement in der ethischen Bildung tragen die christlichen Kirchen wesentlich dazu bei. Und mehr noch. Die Bundeswehr pflegt bewusst das Erbe und das Gedenken an die jüdische Tradition. Die Julius-Schoeps-Kaserne in Hildesheim erinnert an einen preußischen Offizier, Truppenarzt im Ersten Weltkrieg, 1942 gestorben im Ghetto Theresienstadt. Reservisten und aktive Soldaten pflegen jüdische Friedhöfe.



© Guido Heitkoetter / flickr / (CC BY-ND 2.0)

**Also alles gut?** Eine Studie der EU-Grundrechteagentur zeichnete Ende 2018 ein beunruhigendes Bild: 41 Prozent der in Deutschland befragten Juden gaben an, in den letzten zwölf Monaten Antisemitismus erlebt zu haben. Auch in meinen Jahresberichten dokumentiere ich immer wieder Fälle von Antisemitismus in der Truppe. Konsequenterweise sanktioniert die Bundeswehr diese – bis hin zur Entlassung aus dem Dienst wegen mangelnder charakterlicher Eignung.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, schrieb in einem Beitrag in der FAZ, solche Fälle seien Kratzer, die das positive Image der Bundeswehr nicht in Gänze in Frage stellten. Das ist eine versöhnliche Einordnung aus berufenem Munde.

Der Zentralratsvorsitzende hat darüber hinaus in diesem Artikel einen bemerkenswerten Vorschlag erneuert: „Die jüdische Gemeinde macht der Bundeswehr das Angebot einer eigenen Militärseelsorge. Eine jüdische Militärseelsorge auf Basis eines Militärseelsorgestaatsvertrages. Ein symbolträchtiger Schritt auf dem Wege zur Normalisierung“, schrieb Schuster.

Ich unterstütze diese Forderung. Es ist an der Zeit, die Institutionalisierung einer jüdischen Militärseelsorge wie übrigens auch einer entsprechenden Regelung für die Muslime in unserer Bundeswehr in Angriff zu nehmen.

Dr. Hans-Peter Bartels,  
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages